

CLAUS SCHÄFER

Die Krise ist nur eine Spitze des Eisbergs

Zusammenfassung

Die derzeitige Finanzmarktkrise ist nur die Spitze des Eisbergs bzw. Kulminationspunkt einer bereits im Vorfeld begonnenen und nicht zufälligen Entwicklung, die durch die treibende Überschätzung der Kräfte des Marktes einerseits und die begleitende Geringschätzung und Beschränkung staatlicher Handlungskompetenzen andererseits in ihrem Kern ein politischer Prozess ist. Aus diesem Grund lassen sich – im Hinblick auf Deutschland – die Krisenursachen (1) zusammenfassen und zuspitzen auf den Neoliberalismus und zwei seiner wichtigsten Begleiterscheinungen, nämlich Liberalisierung und ökonomische Ungleichheit, die sowohl zwischen Ländern auf den globalen Märkten als auch innerhalb dieser Länder zwischen Armut und Reichtum bestehen. In Anbetracht dieser beiden Hauptursachen und als Lehre aus der Krise (2) ist daher das vordringlichste Ziel, das Primat der Politik über die (Finanz-)Märkte mittels Re-Regulierung, Kontrolle, Zivilisierung und Demokratisierung wiederherzustellen oder gar erstmals zu sichern.

Die noch andauernde weltweite ökonomische Krise, im Frühjahr 2010 grell unterstrichen und neu angefacht vom Fall Griechenland, wird gemeinhin als Krise der Finanzmärkte bezeichnet, hat aber noch mehr reale Bedeutung wegen der Interaktion zwischen Geld- und Gütermärkten. Werden die Krisenfolgen in den Medien häufig mit drastischen Einbrüchen von Produktion und Beschäftigung, Gewinnen und Einkommen illustriert, so sagt das über die Dimensionen dieser Folgen immer noch zu wenig aus. Deutlicher werden sie, wenn z. B. selbst Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF) schätzen, dass die Krise 60 Millionen zusätzliche Arme weltweit produziert hat. Noch deutlicher macht die Staatsschulden-Krise Griechenlands die Gefährlichkeit der Lage, die mit den im Mai beschlossenen Hilfsmaßnahmen abgewendet werden soll.

Die „griechische“ Krise erzeugt aber vielleicht nicht nur dort trotz des „Rettungspakets“ erhebliche finanzielle und soziale Einschnitte, die überwiegend die unteren und mittleren Schichten erneut treffen. Die Griechen voran müssen jetzt tatsächlich zum dritten Mal bitter büßen: zunächst für die jahrzehntelange Unfähigkeit von politischer und ökonomischer Führungsschicht, einen funktionsfähigen Sozial- und Steuerstaat aufzubauen; dann nach 2008 für die negativen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise; jetzt weil die internationalen „Retter“ ganz Griechenland für die Defizite ihrer Oberschicht „disziplinieren“ bzw. bestrafen wollen. Auch deshalb bedroht die Krise in Griechenland das dort ohnehin nicht sehr ausgeprägte Vertrauen in den Staat, das Zutrauen in die euro-

päische Völkergemeinschaft und nicht zuletzt auch die Akzeptanz von Demokratie.

Umso bedenklicher wäre es, wenn wie in einem Dominoeffekt die griechische Krise auf weitere Mittelmeerländer innerhalb der Europäischen Union und damit auch die gesamte EU übergreifen sollte. Dazu bedarf es übrigens gar nicht der eben genannten politischen Aspekte. Es genügt schon zum „Flächenbrand“, wenn die griechische Nachfrage und noch mehr die Nachfrage von Portugal, Spanien und weiteren Ländern für den europäischen Binnenmarkt wegen drastischer, krisenbedingter Sparmaßnahmen von nationalen Regierungen wie privaten Haushalten einbrechen würde. Insofern ist es durchaus angemessen, wenn der bekannte Großinvestor Warren Buffet die dafür mitursächlichen Produkte und Strukturen des Finanzmarkts als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet hat – die in privaten Händen waren und immer noch sind.

Die Krise erfassen heißt aber vor allem, auf ihre Ursachen eingehen und erkennen, dass die Finanzmarktprobleme nur der Auslöser oder Kulminationspunkt einer schon vorher begonnenen und eben nicht zufälligen krisenhaften Entwicklung waren. Sie ist im Kern ein politischer Prozess, der zuerst in Worten und danach in Taten die Entfesselung der so genannten Marktkräfte zum Inhalt hatte und gleichzeitig die Selbstfesselung des Staates bedeutete, der mit Begeisterung über die lenkende Klugheit des Marktes, die „unsichtbare Hand“, verknüpft ist und gleichzeitig mit Verachtung des „behindernden, bürokratischen, ineffizienten, teuren Staates“ gepaart. Diese Einstellungen haben zusammen Marktliberalisierung und „Staatsdisziplinierung“ erzeugt, also den Abbau gesetzlicher Regulierungen wie sozialstaatlicher Leistungen und öffentlicher Aufgaben sowie eine Flut von Privatisierungen und Steuersenkungen für „Leistungsträger“ – sprich: hohe Einkommen und Vermögen bzw. Unternehmen. Sie haben letztlich das Primat der demokratisch legitimierten und kontrollierten Politik an anonyme, intransparente, gewinnorientierte und nicht gemeinwohlorientierte Kräfte übergeben. Man lese in diesem Zusammenhang z. B. die von Dullien und Hardenberg zusammengestellten Zitate führender deutscher PolitikerInnen und anderer Persönlichkeiten aus den Jahren vor der Krise zur „notwendigen“ Befreiung gerade der Finanzmärkte von staatlichen „Beschränkungen“.¹

Dieser Prozess war und ist national ganz unterschiedlich ausgeprägt, weist aber doch mindestens zwei Gemeinsamkeiten auf, die sich kürz-

¹ Vgl. *Sebastian Dullien/Christiane von Hardenberg*, Deregulierung in der öffentlichen Debatte in Deutschland, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, IMK Studies Nr. 2/2009.

lich krisenhaft gegenseitig verstärkt haben: Erstens die Liberalisierung der Finanzmärkte und zweitens die ökonomische Ungleichheit, die sowohl zwischen den Ländern auf dem Weltmarkt besteht, aber auch innerhalb dieser Länder zwischen Armut und Reichtum. Die zuletzt genannte Schere hat dabei sogar eine doppelte Ausgabe, nämlich das Auseinanderdriften von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte einerseits sowie der verfügbaren Ressourcen zwischen „reichem“ Privatsektor und „armem“ Staatssektor andererseits.

1 HAUPTURSACHEN DER KRISE

„Der“ Finanzmarkt muss in diesem Zusammenhang weit gefasst werden und schließt endogene Faktoren auf seiner Angebotsseite wie seiner Nachfrageseite ein, die alle Geld- bzw. Kapitalbewegungen sowie beteiligte Akteure betreffen. Auf der Angebotsseite wurden nicht nur neue Anlageprodukte entwickelt und zunehmend verkauft: Versicherungen von Anlagepapieren, Spekulationsmöglichkeiten mit Versicherungen von Anlagepapieren, Wetten auf die positive oder negative Kursentwicklung von Wertpapieren usw., die sich immer stärker von realen Vorgängen entfernten. Es wurden auch neue reale Anlageprodukte in steigendem Umfang angeboten, die neben den klassischen Warenströmen im internationalen Verkehr vor allem Ankauf, Verkauf, Zerschlagung bzw. Aufsplitterung oder Fusion von Unternehmen und ihren Teilen betraf. In Deutschland z. B. wurde dieser Prozess befeuert durch die Entscheidung der Rot-Grünen Bundesregierung unter Schröder, die Auflösung stiller Reserven beim Verkauf von Unternehmen und ihren Anteilen nicht mehr zu versteuern und so das Ende der so genannten Deutschland-AG einzuleiten – und zugleich den Beginn von vielen neuen Unternehmen mit zahlreichen Besitzerwechseln und teilweise drastischen Folgen für Belegschaften und Standorte.

Diesen Angeboten stand eine ebenso vielfältige und zugleich wachsende Nachfrage gegenüber, die sich ebenfalls aus mehreren Quellen speiste. Da war natürlich eine gestiegene Konsum- und Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte, die durch erleichterte bis fahrlässige Kreditkonditionen der Banken und anderer Gläubiger unterstützt bis provoziert wurden. Die dadurch z. B. entstandene Immobilienblase in den USA ist als erste geplatzt, der Krisenausbruch hätte aber auch aus anderen Blasen kommen können. Daneben haben wachsende Gewinne und Vermögen von Unternehmen und Privatleuten z. B. das Aufkommen und Ausbrei-

ten von Hedge-Fonds ermöglicht, die meist keinerlei Finanzaufsicht unterliegen und deshalb besonders prädestiniert waren für das Einsteigen in fremde Unternehmen und für deren Umstrukturieren, Zerschlagen und vor allem Beleihen, wodurch zusätzliche Kapitalien für weitere Aktivitäten geschaffen wurden. Steigende Unternehmens-Gewinne haben aber ebenso die Kassen von Pensionsfonds noch praller gemacht, die unter entsprechend steigenden Anlagedruck ihrer Gelder zur Sicherung und Mehrung zukünftiger Renten-Auszahlungen gerieten.

War dies vor allem in den USA oder Japan ein Aufsetzen auf schon vorhandene Strukturen, so lief dies in Deutschland und Europa im Zuge der Teilprivatisierung von gesetzlichen Renten neu und eher indirekt ab. Denn mit der Problematisierung der „unsicheren“ oder „unbezahlbaren“ gesetzlichen Rente gingen fiskalische Anreize und politischer Druck zur Stärkung der privaten Altersvorsorge und damit ein Wechsel vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren einher. Dieser „Swing“ und seine Institutionalisierung in Form von Riester- und Rürup-Rente sind die heimlichen deutschen Pensionsfonds, die ebenfalls zusätzlich nach renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten suchen. Dieser „Pensions“-Markt wächst in Deutschland und anderswo, weil die Teilprivatisierung von gesetzlichen Renten fortgesetzt wird.

Unter solchen Voraussetzungen war es eigentlich nicht überraschend, dass auch riskante bis hoch spekulative Entwicklungen entstanden, die immer nur befristet durchzuhalten sind. In der Rezension von Staun über die (letzte) Buchpublikation des Finanzmarkts-Insiders Lewis² heißt es dazu treffend: „Der Crash (der Finanzmärkte) aber, er war nur ein kurzer (und einziger) Moment der Vernunft: Wahnsinn war alles, was davor passierte.“³ Und das waren nicht in erster Linie Gier und kriminelle Energie, sondern Sorg- und Gedankenlosigkeit, Herdentrieb, Unkenntnis und Dummheit in Verbindung mit undurchsichtigen, profitorientierten privatwirtschaftlichen Strukturen und der entsprechenden staatlichen Abstinenz.

Schließlich kamen zu diesen endogenen Faktoren der Finanzmärkte exogene Faktoren aus der Realwirtschaft dazu, die die Gefahr eines Crashes ihrerseits erhöht haben. Die schon angesprochenen Ungleichheiten zwischen Export- und Importländern gehören hauptsächlich dazu. Die Erlöse von Exportüberschüssen erhöhen in den exportierenden Ländern die

² Vgl. *Michael Lewis*, *The Big Short. Inside the Doomsday Machine*, New York/London 2010.

³ *Harald Staun*, *Dummheit mit System – eine Rezension*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 09.05.2010, 25.

heimische Geldmenge und damit dort die Anlagegesuche oder sie werden unmittelbar in den Absatzländern angelegt. Parallel dazu werden die Exportgeschäfte der Verkäufer durch geeignete Finanzmarktpapiere abgesichert sowie häufig Schulden zur Finanzierung der Exporte bei den Käufern aufgenommen und ebenfalls abgesichert. Eine verbreitete Anlageform von Exporterlösen sind dabei Staatsanleihen oder Firmenanleihen aus den Defizitländern – so im Fall von Überschussland China und Defizitland USA.

Nun bedeuten Exportüberschüsse für die Importländer nicht nur ein manchmal finanzielles bzw. Verschuldungsproblem, sondern in jedem Fall ein weiteres Problem: nämlich Import von Arbeitslosigkeit, weil die Defizitländer unter anderen Umständen die importierten Güter selbst hätten produzieren und damit eigene Beschäftigung generieren können. Diese Beggar-my-neighbour-Politik muss sich kurzfristig in einer insgesamt wachsenden Weltwirtschaft nicht nachteilig auswirken, aber auf Dauer macht sie sich bemerkbar, erst Recht in und nach einer Krise. Aber in der Europäischen Union belastet dieses Problem schon lange das Verhältnis zwischen dem Exportweltmeister Deutschland und seinen überwiegend per Saldo importierenden europäischen Nachbarn, die sich durch reales Dumping gefährdet sehen bzw. durch sinkende Lohnstückkosten in Deutschland aufgrund dessen moderater Lohnpolitik wie dessen fiskalischer Entlastungspolitik zugunsten der deutschen Betriebe. Kann man in einem gemeinsamen Währungsraum wie der Euro-Zone die nationale Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch Währungsabwertung erhöhen, so ist durch relative Senkung der realen Lohnstückkosten immer noch ein Wettbewerbsvorteil möglich – und von Deutschland eben exzessiv ausgeschöpft worden. War das vor der Krise nur ein Gemunkel auf politischer Ebene innerhalb der deutschen Nachbarländer, so hat die französische Finanzministerin Lagarde dies angesichts der Krise und ihrer weiteren Perspektive erstmals öffentlich deutlich gemacht und viel europäische Zustimmung dafür erhalten.⁴

Um die Bedeutung dieses Problems an Griechenland zu demonstrieren: Die griechischen (wie die portugiesischen, spanischen und weitere) Schulden von Staaten und Unternehmen sind teilweise die Finanzierungsseite deutscher Exportüberschüsse. Darunter sind auch Staatskredite, die Griechenland zum Ankauf deutscher Militärprodukte im Rahmen seines überproportionalen Rüstungshaushalts aufgenommen hat, z. B. für deutsche U-Boote. Aus der fragwürdigen militärischen Rivalität zwischen Grie-

⁴ Vgl. *Stefan Brändle*, IWF springt Lagarde bei, in: Frankfurter Rundschau vom 18.03.2010.

chenland und Türkei wurde deutsches Kapital geschlagen. Man könnte dasselbe Problem aber auch an einem Beispiel des deutsch-spanischen Verhältnisses festmachen: Zumindest ein Teil des spanischen, inzwischen blasenartig geplatzten Baubooms wurde auch von tatsächlicher oder erhoffter Immobiliennachfrage aus Deutschland gespeist, die ihrerseits aus Anlagesuche wegen (einseitig) steigender Einkommen wie (einseitig) sinkender Steuermoral herrührt.

Mit dem deutschen Lohndumping sind schon einige Aspekte der bereits erwähnten intranationalen Ungleichheiten angesprochen worden. Der weltmarktbedingte Wettbewerb und der deutsche „Export-Weltmeister-Drang“ haben hierzulande relativ und absolut sinkende Löhne und Steuern bewirkt – und umgekehrt die Gewinn- und Kapitaleinkommen nicht nur der deutschen Exportindustrien kräftig erhöht. Die im Lande einseitig verteilten Einkommenszuwächse aber suchten eine Wert-Anlage. So hat die Deutsche Bundesbank in den letzten Jahren wiederholt darauf hingewiesen, dass die erheblich gesteigerten verfügbaren Finanzmittel der Unternehmen immer stärker in Geldvermögen statt in Realvermögen investiert wurden.⁵ Dass es dabei neben „normalen“ Anlagen auch spekulative bis waghalsige Aktivitäten gegeben haben muss, wird mit Fällen wie der Firma Porsche oder dem in den Freitod gegangenen Industriellen Merkle wahrscheinlich erst oberflächlich sichtbar.

Entscheidender als Spekulation und ihre Folgen aber war und ist die fundamentale Schwäche der deutschen privaten Binnennachfrage. Die Kehrseite der Exporterfolge sind die im internationalen Vergleich wenig gestiegenen Brutto-, Netto- und Reallöhne und die darin eingebettete Ausdehnung des Niedriglohnsektors, erhöhte Steuern und Sozialbeiträge zu Lasten der Löhne, schließlich gekürzte Sozialleistungen. Selbst im vergangenen Aufschwung stagnierte der private Konsum in Deutschland. Gestiegene Armut in der Arbeit und ohne Arbeit sind nur die markantesten Punkte dieser Entwicklung. Auch der im internationalen Vergleich deutliche Rückgang der privaten Investitionstätigkeit in Deutschland – bei gleichzeitig steigendem Geld- und Kapitalvermögen – dürfte weitgehend auf die schwache private Binnennachfrage zurückzuführen sein.

Eine permanent geschwächte öffentliche Binnennachfrage trug ebenfalls dazu bei. Denn parallel zu Armut und Reichtum im privaten Sektor hat sich auch eine zunehmende Schere zwischen Handlungsspielraum und Ressourcenverfügung beim privaten Sektor einerseits und beim staatli-

⁵ Vgl. zum Beispiel *Deutsche Bundesbank*, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2006, in: Monatsbericht der Bundesbank 12/2007, 31–55.

chen Sektor andererseits entwickelt. Steuersenkungen für Unternehmen und „Leistungsträger“ mit hohem Einkommen und Vermögen, ein wachsender Niedriglohn- und Prekärsektor mit offenen und versteckten Subventionen zu Gunsten der Unternehmen und zu Lasten der öffentlichen Kassen, eine insgesamt zurückhaltende Lohnpolitik u. a. m. produzierten öffentliches Sparen. Das wurde nur teilweise durch wachsende Staatsschulden gebremst, mit denen die öffentlichen Hände ihre wichtigsten Aufgaben einigermaßen zu erfüllen versuchten.

Aber wenigstens bot der Staat mit seinen Schuldtiteln ein relativ sicheres alternatives Anlageprodukt für die privaten Ersparnisse an, sei es direkt oder indirekt über Versicherungen, Banken und Ähnliches vermittelt – vorausgesetzt private Rating-Agenturen reden Staatsschulden nicht schlecht und provozieren weder Vermögensverluste für Staatsschulden-Anleger noch Kostenerhöhungen für Staatsschulden-Ausgeber. Wie fragwürdig das Rating bei griechischen Staatsanleihen war, zeigt sich beim Vergleich mit argentinischen Staatsanleihen, die trotz viel problematischerer Wirtschaftsdaten Argentinien nur halb so schlecht benotet wurden wie die Griechenlands.⁶ Doch generell galt und gilt weiter: Gemeinsam haben steigende Zinskosten und sinkende Steuereinnahmen – ja Staatsschulden wegen Steuerentlastungen – den Staat und die Gesellschaft ärmer und weniger zukunftsfähig gemacht, weil Defizite in Infrastruktur, Bildung und Umwelt immer größer wurden.⁷

Die hier vor allem am deutschen Beispiel vorgenommene Zuspitzung der Krisenursachen auf den Neoliberalismus und zwei seiner wichtigsten Begleiterscheinungen – Liberalisierung sowie Ungleichheit – ist nicht unumstritten. Aber sie wird mittlerweile prinzipiell von vielen Institutionen wie Ökonomen vertreten, darunter z. B. vom IMF⁸ oder dem Nobelpreisträger Stiglitz⁹, nachdem die krisenbehaftete Entwicklung vorher nur von

⁶ Vgl. *Hans-Böckler-Stiftung*, Zweifel an der Rationalität der Finanzmärkte, Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung vom 07.05.2010; vgl. auch *Hans-Böckler-Stiftung* (Hg.), Fehlanreize für Rating-Agenturen, in: Böckler-Impuls 7/2010, 3.

⁷ Vgl. zum Beispiel *Peter Bofinger*, Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI-Mitteilungen 07/2008, 351–357.

⁸ Vgl. *Olivier Blanchard/Giovanni Dell’Ariccia/Paolo Mauro*, Rethinking Macroeconomic Policy (= IMF Staff Position Note vom 12.02.2010), New York 2010; vgl. auch *Olivier Blanchard*, Der IMF-Chefvolkswirt im Interview: IMF Explores Contours of Future Macroeconomic Policy, in: IMF-Survey, online unter < <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2010/int021210a.htm>>, erstellt 12.02.2010/abgerufen 10.06.2010.

⁹ Vgl. *Bernhard Bartsch*, Interview mit dem Nobel-Preisträger Joseph Stiglitz: Westen bestimmt nicht mehr allein, in: Frankfurter Rundschau vom 19.04.2010; *Stiglitz Commission*, Commission of Experts of the President of the United Nations Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial Systems, New York 2009.

relativ wenigen gesehen und problematisiert wurde.¹⁰ Was kann und soll man daraus lernen?

2 DIE LEHREN AUS DER KRISE

Die Krise sollte sich möglichst nicht lange hinziehen und schon gar nicht wiederholen. Dazu aber muss man die genannten Ursachen korrigieren bzw. neutralisieren. Die Hauptaufgabe besteht darin, das Primat der Politik über die Märkte einschließlich der Finanzmärkte wiederherzustellen im Sinne von Re-Regulierung (nach De-Regulierung), Kontrolle, Zivilisierung und Demokratisierung.

Aus dieser allgemeinen Zielsetzung kann ein politisches Pflichtenheft bezüglich der beiden Hauptursachen – Finanzmärkte und Ungleichheiten – abgeleitet werden, das beispielsweise die folgenden Punkte beachten müsste.

2.1 Finanzmärkte

Viel Hoffnung wird häufig darauf verwendet, die Krisen- „Verursacher“ bzw. die Banken und andere Institutionen des Finanzmarktes so weit wie möglich auch an den entstandenen Schäden zu beteiligen. So richtig bzw. gerecht diese Forderung ist: ein davon ausgehender spekulationsdämpfender Effekt darf aber bezweifelt werden. Das gilt auch für die früher Tobin-Steuer genannte Finanztransaktionssteuer. Sie würde zwar angesichts des Finanzmarkt volumens hohe öffentliche Einnahmen selbst bei den angedachten niedrigen Steuersätzen erzeugen, insbesondere wenn sie weltweit eingeführt wird. Aber gerade die niedrigen Steuersätze würden auf die Käufer von Finanztiteln überwältigt oder insgesamt vom Finanzmarkt „weggesteckt“, ohne ihn zu disziplinieren – wie es bei den früheren, in vielen Ländern praktizierten Börsenumsatzsteuern zu beobachten war. Zur Disziplinierung bedarf es – wenn überhaupt – entweder sehr viel

¹⁰ Zum Beispiel international von *Thomas Piketty*, *Top Incomes Over the Twentieth Century: A summary of Main Findings*, in: *Anthony Barnes Atkinson/Thomas Piketty* (Ed.), *Top Incomes Over the Twentieth Century. A Contrast between Continental European and English-Speaking Countries*, Oxford 2007; national beispielsweise bei *Gustav A. Horn/Katbarina Dröge/Simon Sturn/Till van Treeck/Rudolf Ziwiener*, *Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III): Die Rolle der Ungleichheit*, in: *IMK-Report 41*, Düsseldorf 2009; *Claus Schäfer*, *Aus der Krise in die Krise? WSI-Verteilungsbericht 2009*, in *WSI-Mitteilungen* 12/2009, 683–691.

höherer Steuersätze oder noch besser eines neuen langfristigen „Lastenausgleichs“ von den geretteten Banken zur rettenden Gesellschaft.

Im Zweifel am wirksamsten wie am sinnvollsten auf den Finanzmärkten sind strenge Auflagen bzw. Gebote und vor allem Verbote. Letztere sollten z.B. Leerverkäufe oder Kreditversicherungen oder andere Finanzmarkt-Produkte betreffen, die heute ohne den Besitz an den zugrunde liegenden Wertpapieren oder Waren gehandelt werden und deshalb häufig spekulative Blasen erzeugen. Schließlich war der internationale Finanzmarkt auch vor Einführung solcher Produkte funktionsfähig, die es teilweise erst seit Ende der 90er Jahre gibt. Ein Verbot liegt auch bei Rating-Agenturen nahe, deren Urteil z. B. dazu führte, dass sich Griechenland zu immer teureren Konditionen verschulden und schließlich um internationale Rettung bitten musste. Aber ein Verbot – oder eine Verstaatlichung – ist zumindest auf europäischer Ebene schwierig, da die meisten Rating-Agenturen nicht europäischen Ursprungs sind. Auch die Herstellung von Konkurrenz durch eine neu zu gründende staatliche Rating-Agentur, wie sie in der Europäischen Union auch unter den Regierungen diskutiert wird, darf nicht überschätzt werden. Denn selbst wenn Letztere zustande kommt, darf man gespannt sein, wie die „Märkte“ bei abweichenden Voten von privaten und staatlichen Ratingagenturen reagieren. Deshalb wird man gut beraten sein, zumindest zusätzlich durch eine explizit und öffentlich gegebene Akzeptanz- und Ankaufserklärung der Europäischen Zentralbank (EZB) das Halten von Anleihen risikoarm für Anleger wie zins-aufschlaglos für Emittenten zu machen, wie es für griechische Staatsanleihen neuerdings möglich ist.

Doch auch zu solchen und anderen Maßnahmen gibt es generell Zweifel an der Durchsetzbarkeit wie der Funktionsfähigkeit, die sich nicht zuletzt an den Zentralbanken und hier speziell an der EZB festmachen, weil sie in der Vergangenheit selbst eine eher neoliberale Grundposition eingenommen haben. Bezeichnenderweise wird im Zusammenhang mit dem griechischen Fall erinnert, dass die EZB die Rolle der privaten Ratingagenturen speziell bei europäischen Staatsanleihen nicht ungern gesehen hat in der Hoffnung, damit einige Länder indirekt in Richtung Haushaltskonsolidierung und damit vermeintlich auch Geldwertstabilität drängen zu können.¹¹ Nahrung für entsprechendes Misstrauen gegenüber den Notenbanken können auch personelle Verquickungen mit dem Finanzmarkt und daraus resultierende Interessenkonflikte sein, wie sie mit dem aus der Bankenwelt kommenden US-Finanzminister oder anderen Besetzun-

¹¹ Vgl. *Anna Slegers*, Die Söldner der EZB, in: Frankfurter Rundschau vom 29.04.2010.

gen verbunden werden. So hat die Deutsche Bundesbank gerade als Vorstandsmitglied für die Bundesbank-Vertretung in den wichtigen internationalen Finanzgremien einen ehemaligen Investmentbanker ernannt, der zuletzt Statthalter der Bank of America in Deutschland war und zuvor für Deutsche Bank, JP Morgan und Rothschild gearbeitet hat.¹²

Es muss auch deshalb zur Stabilisierung und Kontrollierung der Finanzmärkte letztlich die Rolle der Notenbanken selbst (erneut) diskutiert werden, wie es im Rahmen der Europäischen Union schon länger unabhängig von der Krise der Fall ist.¹³ Hier wird gerade wegen der bisherigen Ausrichtung der EZB auf neoliberale Positionen bzw. ihre Fixierung auf Geldwertstabilität eine stärkere Orientierung ihrer Aufgaben auch zur Förderung von Wachstum, Vollbeschäftigung und Außengleichgewicht gefordert. Ebenfalls verlangt wird zur Umsetzung dieser Umorientierung eine Einbindung der EZB in eine neu zu schaffende koordinierende Wirtschaftspolitik der Europäischen Union, um gerade Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten der beteiligten Länder viel besser als bisher auszugleichen. Es gilt also, die im falschen Glauben an die selbstregelnden Finanzmärkte unabhängig gemachte und danach teilweise kontraproduktiv agierende Notenbank ein Stück weit wegen ihrer zentralen Funktion zu re-demokratisieren durch Einbindung in entsprechende Ziele und Strukturen.

2.2 Reale Märkte

Zur Eindämmung der ökonomischen Ungleichgewichte auch in der EU muss der deutsche Exportüberschuss abgebaut und die deutsche Binnennachfrage aufgebaut werden. Genauer: der bisherige Exportüberschuss muss durch zusätzliche Binnennachfrage ersetzt werden. Dieser Ersatz wird schon deshalb nötig sein, weil aus vielen Gründen nicht erwartet werden kann, dass selbst eine wieder anziehende Weltkonjunktur das alte hohe Niveau der deutschen Exporterfolge erlaubt. Diese Substitution würde sich mehrfach lohnen, auch wenn sie inhaltlich, zeitlich und finanziell eine enorme Herausforderung darstellt: für den Zusammenhalt und die Weiterentwicklung der Europäischen Union, weil weniger deutscher Exportdruck vielen EU-Ländern gestattet, mehr von ihren eigenen Produkten mit eigener Beschäftigung herzustellen; für Deutschland, weil

¹² Vgl. o. a. („MAS“), Bundesbank – alles neu, in: Die Zeit, Nr. 19 vom 06.05.2010, 35.

¹³ Zum Beispiel bei Günther Chaloupek/Eckard Hein/Achim Truger (Hg.), Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, Wien 2007.

mehr Binnennachfrage gleichbedeutend sein könnte mit dem Defizitabbau bei privaten wie bei öffentlichen Investitionen im weitesten Sinn, die vor allem über bessere Bildung letztlich auch der Privatwirtschaft wieder zugute käme, damit diese mit dem einzigen deutschen „Rohstoff“, nämlich qualifizierten Arbeitnehmern, weiter im Welthandel bestehen können; weil mehr Binnennachfrage neben den Bildungsdefiziten weitere soziale Ungerechtigkeiten wie offene und versteckte Arbeitslosigkeit oder den Niedriglohnssektor reduzieren würde. Die Substitution von Exportüberschüssen durch Binnennachfrage würde sogar in jedem Fall erhebliche und „todsichere“ Selbstfinanzierungseffekte für den Fiskus erzeugen, weil jeder ersetzte Export-Euro, der bisher von der Mehrwertsteuer befreit ist, zusätzliche entsprechende Einnahmen von rund 20 Cent bedeutet.

Aber um diese und weitere Vorteile zu erschließen, müsste vorher die Politik viel umsteuern und dabei ebenso neu regulieren wie neu verteilen. Hier können nur einige Beispiele dafür genannt werden: So würde die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sowohl die private als auch die öffentliche Binnennachfrage stärken. Die Umsetzung von z. B. 7,50 Euro pro Stunde bedeutet einen zusätzlichen privaten Nachfrageeffekt von 14 Milliarden Euro, von denen allein vier Milliarden an den Fiskus fließen würden. Zugleich würde der gesetzliche Mindestlohn den versteckten Kombilohn – noch besser: den Kombi-Gewinn – aufgrund der Aufstockung niedriger Löhne durch Hartz IV reduzieren und die öffentlichen Kassen ebenfalls entlasten. Die laut Bundesagentur für Arbeit 11 Milliarden Euro Aufstockungskosten würden um den Lohn bezogenen Aufstockungsanteil erheblich schrumpfen. Mini-Jobs im Nebenberuf bzw. als Zusatzjob neben einer vorhandenen Haupt-Tätigkeit sollten wegen der damit verbundenen Reduzierung von Sozialversicherungsbeiträgen abgeschafft werden, weil sie auf die ebenfalls versteckte Subventionierung solcher Tätigkeiten bzw. häufig die Prämierung von „Überstunden“ hinaus laufen. Mini-Jobs im Hauptberuf dagegen sollten nicht nur dem gesetzlichen Mindestlohn unterworfen, sondern auch wieder mit einer Höchstarbeitszeit pro Woche verknüpft werden, um heimliches Lohndumping durch übermäßige Arbeitszeiten zu verhindern. Leiharbeit wäre mit dem Prinzip des Equal-pay-plus zu versehen, also der Bezahlung nach Tarif plus einer Prämie für wechselnde Einsatzorte und damit verbundene besondere Beanspruchungen, damit Leiharbeit durch diese Verteuerung wieder ihre ursprüngliche Funktion als Spitzenausgleich bei der Produktion zurück erhält statt Vollzeitstellen zu substituieren.

Für Löhne über dem gesetzlichen Mindestlohn wäre die Tarifautonomie zu stärken, an die die Arbeitgeber in ihrem – inzwischen bröckelnden – Abwehrkampf gegen den gesetzlichen Mindestlohn so gerne anknüpfen. Viele Probleme durch Tariffucht und Tarifbruch in Deutschland, die den Niedriglohnsektor wesentlich begünstigt haben, ließen sich durch einen Tarifzwang der Arbeitgeber wie der Gewerkschaften analog zu Österreich vermeiden. Aber da dies in Deutschland aus verfassungsrechtlichen Gründen wenig realistisch ist, bleibt nur die Einführung eines Quasi-Zwangs der Arbeitgeberseite durch vermehrte Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, wie er in letzter Zeit schon mit den tariflichen Branchen-Mindestlöhnen oder mit dem reformierten Mindestarbeitsbedingungengesetz von 1952 – allerdings nur halbherzig – beschritten wurde. Wirklich helfen würden Allgemeinverbindlichkeiten für das ganze Tarifgefüge von untersten bis zu obersten Löhnen. Vorreiter dafür könnten öffentliche Vergabegesetze sein, die bei öffentlichen Aufträgen auf Tariftreue der privatwirtschaftlichen Auftragnehmer bestehen. Hilfreich für die Stärkung der privaten Binnennachfrage wäre schließlich auch der vermehrte tarifliche Abschluss von Sockelbeträgen statt rein prozentualer Lohnerhöhungen, weil erstere besonders die unteren und konsumnahen Einkommensschichten stärken.

Mit den meisten der genannten Maßnahmen ist zwar nicht nur eine Verbesserung der privaten, sondern auch der öffentlichen Binnennachfrage über mehr fiskalische Einnahmen und entsprechende Ausgabemöglichkeiten verbunden. Doch letztere dürfte insgesamt nicht ausreichen, um die gesamte Binnennachfrage auf das nötige Niveau zu heben. Dazu bedarf es einer weiteren Stärkung des öffentlichen Sektors durch z. B. die Wiedereinführung der Vermögensteuer – auf die Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern unverständlicherweise verzichtet, – die Erhöhung von Erbschaft- und Grundsteuern, die Vitalisierung von Ökosteuern, die Wieder-Abschaffung der gerade erst eingeführten Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkünfte – die diese Einkommensart gegenüber allen anderen privilegiert, zumal Kapitaleinkünfte meist Personen und Unternehmen mit ohnehin sonstigen hohen Einkommen und Vermögen zufließen. Diese und andere Steuern können auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten ohne Probleme für die Konjunktur, ja mit Vorteilen für Wachstum, Beschäftigung und Gesellschaft erhöht werden.¹⁴

¹⁴ So zuletzt *Lorenz Jarass*, Wie höhere Staatseinnahmen Wachstum und Beschäftigung fördern – Bei der Finanzierung der öffentlichen Haushalte kommen internationale Konzerne zu günstig weg, während Arbeitnehmer immer größere Lasten tragen müssen, in: Börsenzeitung – Zeitung für die Finanzmärkte 85/2010 vom 05.05.2019, 7–8.

Entsprechende Selbstfinanzierungseffekte sind allemal höher als die von Steuersenkungen.¹⁵

3 DIE POLITISCHE UMSETZUNG DER KRISEN-LEHREN

Das Stichwort Steuersenkungen erinnert wieder an die politische Realität in Deutschland und die Umsetzungsmöglichkeiten der oben genannten Krisen-Lehren. Nicht nur die FDP tut sich schwer mit dem Abschied von Steuersenkungen und den damit verknüpften Hoffnungen und Versprechungen, obwohl die schon mit früheren Entlastungen zugunsten der „Leistungsträger“ seit den Regierungszeiten Kohls und Schröders nicht in Erfüllung gegangen sind. Die ganze Politik in Deutschland wie in der EU zögert nach wie vor, endgültig Abstand zu nehmen von einer marktfreundlichen Fundamentalposition, in der Steuersenkungen nur ein Baustein waren. Zwar wird die Wiederherstellung des Primats der Politik über die Märkte von fast allen Seiten lauthals propagiert. Aber faktisch wird dies immer noch zu wenig umgesetzt. Die besten Belege dafür bietet wieder die sogenannte Griechenland-Krise. Zwar kann z. B. jetzt die EZB notfalls Staatsanleihen von EU-Staaten aufkaufen, aber sie täte es dann auf dem Markt zur Kurspflege und nach wie vor nicht direkt – entgegen der Praxis in USA und Großbritannien – bei den Anleihe-emittierenden Staaten, die sich weiter zu „marktüblichen“ Zinsen unter Umständen teuer refinanzieren müssten. Den Banken aber gab und gibt die EZB zur Liquiditätssicherung der „Märkte“ bedenkenlos und reichlich Kredite zu einem Zinssatz nahe Null. Mit anderen Worten: Die Politik liefert sich den „Märkten“ weiter unnötig aus und meint sogar, diese weiterhin mehr „pflegen“ zu müssen als öffentliche Haushalte und darüber auch private Haushalte.

Das ist vor allem unverständlich wegen der mit dem Stützungs paket für Griechenland und potentiell andere EU-Staaten verknüpften drastischen Sparauflagen bezüglich der öffentlichen Haushalte bzw. die dortige Bevölkerung und ihre Nachfrage. Zwar sind die von EU, IWF und EZB geforderten Einschnitte für Griechenland so unrealistisch hoch, dass sie gar nicht erfüllt werden können. Aber selbst eine davon umgesetzte Hälfte

¹⁵ Vgl. *Hans-Böckler-Stiftung*, Steuersenkung: Keine Chance auf Selbstfinanzierung, Pressemeldung der Hans-Böckler-Stiftung vom 22.04.2010 zu einer entsprechenden Studie von Achim Truger u. a.: Alternative Strategien der Budget-Konsolidierung in Österreich nach der Rezession, Gutachten für die Arbeiterkammer Wien, 2010.

wird sich negativ für Griechenland und die EU als ganzes auswirken – erst recht wenn weitere EU-Länder Hilfen benötigen sollten.

Mit einer Wirtschafts- und Sozialkrise eine Marktkrise zu bekämpfen, wird wieder nicht gut gehen. Aber dieses Vorgehen zeigt, dass der neoliberale bzw. marktgläubige Eisberg noch einige Zeit auf Kollisionskurs mit gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Interessen liegt.¹⁶ Er kann sich immer noch unversehens drehen und eine neue gefährliche Spitze zeigen. Weitere Crashes sind nicht ausgeschlossen. Wird die „Erste Hilfe“ dann wieder nur den „Märkten“ gelten, obwohl diese „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ einsetzen und die „Zweite Hilfe“ bei denjenigen ausbleiben, die von den Waffen getroffen werden? Man muss letztere der „unsichtbaren privaten Hand“ nicht nur ein bisschen, sondern ganz entwinden. Und man muss dafür letztlich den Eisberg in ein anderes wirtschaftspolitisches Grundklima schleppen, damit er schmilzt. Vorschläge für den Schleppekurs liegen genug vor.¹⁷

LITERATURVERZEICHNIS

Philip Arestis/Gustav A. Horn u. a., Offener Brief an europäische Entscheidungsträger: Die griechische Krise ist eine europäische Krise und erfordert europäische Lösungen über Hilfspakete hinaus, unterschrieben von mittlerweile rund 200 europäischen Ökonomen und Sozialwissenschaftlern, London und Düsseldorf, Mai 2010 (download der englischen Fassung unter www.boeckler.de/pdf/memorandum_arestis_horn.pdf).

¹⁶ Vgl. *Gustav A. Horn*, Bastion gestrigen Denkens, in: IMKdirekt – Der aktuelle Standpunkt vom 20.04.2010, online unter < http://www.boeckler.de/94074_103242.html>, erstellt 20.04.2010/abgerufen 10.06.2010.

¹⁷ Vgl. zum Beispiel *Philip Arestis/Gustav A. Horn u. a.*, Offener Brief an europäische Entscheidungsträger: Die griechische Krise ist eine europäische Krise und erfordert europäische Lösungen über Hilfspakete hinaus, unterschrieben von mittlerweile rund 200 europäischen Ökonomen und Sozialwissenschaftlern, London und Düsseldorf, Mai 2010 (download der englischen Fassung unter www.boeckler.de/pdf/memorandum_arestis_horn.pdf, abgerufen 10.06.2010); *Sebastian Dullien/Hansjörg Herr/Christian Kellermann*, Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld 2009; *Heiner Flassbeck/Gustav A. Horn/Sebastian Dullien*, Europa hat noch eine Chance. Die Krise der Währungsunion ist noch nicht zu Ende. Der einzige Ausweg ist eine konsequente Wachstumspolitik, Kommentar, in: Financial Times Deutschland vom 05.05.2010; *Olivier Blanchard*: IMF Explores Contours of Future Macroeconomic Policy; *Stiglitz Commission*, Commission of Experts of the President of the United Nations Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial Systems.

- Bernhard Bartsch*, Interview mit dem Nobel-Preisträger Joseph Stiglitz: Westen bestimmt nicht mehr allein, in: Frankfurter Rundschau vom 19.04.2010.
- Olivier Blanchard*, Der IMF-Chefvolkswirt im Interview: IMF Explores Contours of Future Macroeconomic Policy, in: IMF-Survey online vom 12.02.2010.
- Olivier Blanchard/Giovanni Dell’Ariccia/Paolo Mauro*, Rethinking Macroeconomic Policy (= IMF Staff Position Note vom 12.02.2010), New York 2010.
- Peter Bofinger*, Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI-Mitteilungen 07/2008, 351–357.
- Stefan Brändle*, IWF springt Lagarde bei, in: Frankfurter Rundschau vom 18.03.2010.
- Günther Chaloupek/Eckard Hein/Achim Truger* (Hg.), Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, Wien 2007.
- Deutsche Bundesbank*, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2006, in: Monatsbericht der Bundesbank 12/2007, S. 31–55.
- Sebastian Dullien/Hansjörg Herr/Christian Kellermann*, Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld 2009.
- Sebastian Dullien/Christiane von Hardenberg*, Deregulierung in der öffentlichen Debatte in Deutschland, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, IMK Studies Nr. 2/2009, Düsseldorf.
- Financial Times Deutschland, Portrait von Thomas Piketty: Wenn Reiche zu wenig Steuern zahlen, 30.03.2010.
- Heiner Flassbeck/Gustav A. Horn/Sebastian Dullien*, Europa hat noch eine Chance. Die Krise der Währungsunion ist noch nicht zu Ende. Der einzige Ausweg ist eine konsequente Wachstumspolitik, Kommentar, in: Financial Times Deutschland vom 05.05.2010.
- Hans-Böckler-Stiftung*, Zweifel an der Rationalität der Finanzmärkte, Pressemeldung der Hans-Böckler-Stiftung vom 07.05.2010.
- Hans-Böckler-Stiftung* (Hg.), Fehlanreize für Rating-Agenturen, in: Böckler-Impuls 7/2010, S.3.
- Hans-Böckler-Stiftung*, Steuersenkung: Keine Chance auf Selbstfinanzierung, Pressemeldung der Hans-Böckler-Stiftung zu einer entsprechenden Studie von Achim Truger u. a.: Alternative Strategien der Budget-Konsolidierung in Österreich nach der Rezession, Gutachten für die Arbeiterkammer Wien, März 2010, Düsseldorf.

- Gustav A. Horn/Katharina Dröge/Simon Sturn/Till van Treeck/Rudolf Zwiener*, Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III): Die Rolle der Ungleichheit, in: IMK-Report 41, Düsseldorf 2009.
- Gustav A. Horn*, (OECD und Bundesbank sind) Bastion gestrigen Denkens, in: IMKdirekt – Der aktuelle Standpunkt vom 20.04.2010, Düsseldorf (download http://boeckler.de/94074_103242.html).
- Gustav A. Horn/Silke Tober/Till van Treeck/Achim Truger*, Euroraum vor der Zerreißprobe?, IMK-Report Nr. 48, April 2010, Düsseldorf.
- Lorenz Jarass*, Wie höhere Staatseinnahmen Wachstum und Beschäftigung fördern – Bei der Finanzierung der öffentlichen Haushalte kommen internationale Konzerne zu günstig weg, während Arbeitnehmer immer größere Lasten tragen müssen, in: Börsenzeitung – Zeitung für die Finanzmärkte 85/2010 v. 05.05.2010, 7–8.
- Heike Joeßges/Andreas Schmalzbauer/Rudolf Zwiener*, Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Niedrige Löhne und geringes Wirtschaftswachstum, in: IMK-Studies 4/2009, Düsseldorf 2009.
- Michael Lewis*, The Big Short. Inside the Doomsday Machine, New York/London 2010.
- Thomas Mayer*, im Interview mit der Frankfurter Rundschau: Werdet unproduktiver! Der neue Chef-Volkswirt der Deutschen Bank über die verfehlte (deutsche) Exportstrategie, vom 30.02.2010.
- o. a.* („MAS“), Bundesbank – alles neu, in: Die Zeit vom 06.05.2010 (Nr. 19), 35.
- Thomas Piketty*, Top Incomes Over the Twentieth Century: A summary of Main Findings, in: *Anthony Barnes Atkinson/Thomas Piketty*, (Ed.), Top Incomes Over the Twentieth Century. A Contrast between Continental European and English-Speaking Countries, Oxford 2007.
- Claus Schäfer*, Aus der Krise in die Krise? WSI-Verteilungsbericht 2009, in WSI-Mitteilungen 12/2009, 683–691.
- Anna Slegers*, Die Söldner der EZB, in: Frankfurter Rundschau vom 29.04.2010.
- Harald Staun*, Dummheit mit System – eine Rezension, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 09.05.2010, 25.
- Stiglitz Commission*, Commission of Experts of the President of the United Nations Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial Systems, New York 2009.